„Corona hat gezeigt, was zu tun ist“

Jutta Allmendinger fordert, dass digitales Lernen Alltag werden muss. Für die Soziologieprofessorin gehört dazu auch ein neues Finanzierungssystem

Was in der Bildung künftig besser laufen sollte? So einiges, sagt die Soziologin Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). In Sachen Digitalisierung würden deutsche Schulen im internationalen Vergleich deutlich hinterherhinken. Außerdem müsse stärker und differenzierter in Vor- und Grundschulen investiert werden, um Kindern eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe an Bildung zu ermöglichen.

VON KATRIN STARKE

WELT AM SONNTAG: Sie haben kürzlich auf die „Ruckrede“ des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog verwiesen, in der er forderte, Bildung müsse zum „Megathema unserer Gesellschaft“ werden. Das war im Jahr 1997. Hat Bildung heute bei uns genau diesen Stellenwert?

JUTTA ALLMENDINGER: 1997 war das Jahr des Konstanzer Beschlusses. Diese Vereinbarung der Kultusminister bedeutete eine empirische Wende der Bildungspolitik. Es wurde beschlossen, an den PISA-Studien teilzunehmen, also die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern zu erheben, sich dem internationalen Vergleich zu stellen und Bildungsstandards für die einzelnen Klassenstufen einzuführen. Dominierten bis dahin Glaubenskriege, wie ein Bildungssystem aufzustellen sei, führte diese Wende zu einer Entideologisierung der Bildungspolitik. Aber: Die Zeit bis heute wurde nicht genutzt, die vielen Baustellen anzugehen, welche die neuen Daten offenbarten.



WZB, DAVID AUSSERHOFER

Professor Jutta Allmendinger

Zur Person

Die Soziologin Jutta Allmendinger, 1956 in Mannheim geboren, ist seit 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie von 1992 bis 2007 Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von Februar 2003 bis Februar 2007 war sie dort beurlaubt. In dieser Zeit leitete sie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.
Ihre Forschungsfelder sind Soziologie des Arbeitsmarkts und Bildungssoziologie, zudem die Themen soziale Ungleichheit, Sozialpolitik, Organisationssoziologie und die Soziologie des Lebensverlaufs.

Was hat die deutsche Bildungspolitik versäumt?
Es wurde versäumt, das gemeinsame Lernen zu stärken. Das dreigliedrige Schulsystem meiner Schulzeit – Hauptschule, Mittelschule, Gymnasium – wurde lange gar nicht hinterfragt. Erst nach der Jahrtausendwende durfte die Systemfrage endlich gestellt werden. Zwar wurde in der Sekundarstufe I ein zweigliedriges Schulsystem eingeführt, bestehend aus Gymnasium und Sekundarschule. Aber ein langer, gemeinsamer Unterricht für alle? Bis heute Fehlanzeige. Das behindert auch die Inklusion. Deutschland hat die Menschenrechtskonvention unterzeichnet, trotzdem werden immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf in Förderschulen abgedrängt.

Wo müsste die Bildungspolitik ansetzen, um das System Schule zu verbessern?
Deutschland gibt seit langem deutlich mehr Geld für fortgeschrittenen Klassen und die Hochschulen aus als für Kitas und Grundschulen. Aus der Entwicklungspsychologie und der Ungleichheitsforschung wissen wir, dass das ein falscher Weg ist, gerade im internationalen Vergleich: In Deutschland ist die Chancenungleichheit nach Herkunft besonders groß. Frühe Förderung, gut ausgestattete Kitas und Schulen vermögen diese Unterschiede etwas zu schließen. Wir müssen mehr für unsere jungen Kinder tun. Dafür bedarf es aber eines anderen Finanzierungssystems.

Wie meinen Sie das konkret?
Die Spreizung zwischen Schülerinnen und Schülern aus sozial und finanziell belasteten Haushalten und solchen, die vom elterlichen Geld und Wissen profitieren, ist enorm. In manchen Schulen sind 95 Prozent der Kinder von den Kosten für Lernmittel befreit – ein Indiz dafür, dass die Haushalte dieser Kinder vermutlich auf Hartz IV angewiesen sind. In anderen Schulen liegt dieser Anteil bei fast null. Wir brauchen eine Mittelzuweisung, die diese Ungleichheiten auch ungleich behandelt. Schulen in „Problemkiezen“ wie Berlin-Neukölln oder Bremen-Vahr müssen viel besser ausgestattet werden als jene in Vierteln, in denen Bildungsstand und Einkommen der Eltern deutlich über dem Durchschnitt liegen. Sonst wird die ausgeprägte Bildungsarmut – sie liegt bei 20 Prozent – bleiben. Kinder aus bildungsfernen Haushalten brauchen einfach mehr Betreuung und sozialpädagogische Hilfe. Die kostet Geld, gut investiertes Geld.

Es gibt die gemeinsame Initiative von Bund und Ländern „Schule macht stark“ zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen...
...das ist ein wichtiges Programm für alle Bundesländer. Seine 125 Millionen Euro reichen aber bei weitem nicht. Dadurch fehlt es an dringenden baulichen Investitionen, an der digitalen Ausstattung, vor allem aber an Ganztagsschulen für die ersten Grundschulklassen.

Diese könnten die Teilhabe von Kindern aus bildungsferneren Familien verbessern?
Ja. Sie können die Bildungsarmut lindern, Platz schaffen für ein soziales Leben in den Schulen und die Demokratieschulung unterstützen. Es bestürzt mich, dass das im Koalitionsvertrag fixierte Recht auf Ganztag noch immer im Vermittlungsausschuss feststeckt. Bund und Länder haben nur noch wenige Tage, um sich auf dieses wichtige Gesetz zu einigen. Gerade nach den Pandemie-Erfahrungen mit Schulschließungen und Lernrückständen benachteiligter Kinder ist das Recht auf Ganztag für mich ein absolutes Muss.

Sind unsere Bildungseinrichtungen denn digital auf der Höhe der Zeit?
Nein. Die Daten zeigen deutlich: Die Digitalisierung unserer Schulen ist im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern massiv vernachlässigt worden. Es fehlen nach wie vor Endgeräte, der Breitbandausbau hinkt hinterher. Kurz nach Beginn des Distanzunterrichts aufgrund der Pandemie brachen die Lernplattformen in mehreren Bundesländern zusammen. Digitales Lehren ist bis heute kein Thema in den Curriculae der Lehrerausbildung. Dort wird also nicht vermittelt, wie digitales Lernmaterial am besten bereitgestellt wird; oder wie man als Lehrkraft didaktisch vorgehen soll, wenn Schüler im virtuellen Unterricht die Kamera nicht anschalten und alle nur auf schwarze Kacheln schauen.

Hat Corona die Versäumnisse deutlich gemacht oder auch verschärft?
Beides. Ganz offensichtlich hat die Pandemie die Situation noch mal verschärft. Was besonders schwer wiegt: Die Daten zur digitalen Ausstattung der Schulen stammen von 2018 – mit ernüchternden Ergebnissen, es gibt also empirisches Wissen. Wenn die Politik dieses ernst genommen hätte, wären zwei Jahre Zeit gewesen bis Corona. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.

Wo sehen Sie – mal jenseits von Corona – die Vorteile des digitalen Lernens?
Die Digitalisierung macht einen individuellen Unterricht möglich, an Schulen wie an Hochschulen. Vorlesungen, etwa zur Methodenlehre, kann man aufzeichnen, als Video hochladen. Das kann jeder für sich anschauen. Damit gewinnt man 90 Minuten, in denen man mit den Studierenden über die Inhalte diskutieren, das Vermittelte anwenden kann. Ich denke aber auch an digitale Plattformen, um Sprachen zu lernen – als Ergänzung zum Unterricht in der Schule, zum Vokabelabfragen oder um Grammatik zu üben. Wenn ich an meinen Latein-Unterricht in der Schule denke – da hätte ich von den Möglichkeiten, die solche Plattformen bieten, sehr profitiert.

Video-Tools, Online-Chats, digitale Lernplattform – sind virtuelle Formate der Unterricht der Zukunft?
Sie werden die Wissensvermittlung ergänzen, verändern und bereichern. Aber Schule ist mehr als die Vermittlung von Lehrstoff. Schule ist ein Ort des Kennenlernens. Hier können Kinder Verständnis für andere aufbauen und aus den Begegnungen soziale Kompetenz aufbauen. Sie ist die Grundlage eines jeden Gesellschaftsvertrages. Deshalb bin ich auch engagierte Verfechterin des Präsenzunterrichts.

Nun steht Deutschland offensichtlich vor einer vierten Corona-Welle. Haben wir mittlerweile ein wirksames Konzept, wie Bildung in Pandemiezeiten vermittelt werden kann?
Nein. Aber ich bin froh, dass die Digitalisierung jetzt wenigstens als Thema gesetzt ist. Und auch die Ungleichheit wieder stärker im Vordergrund steht. Das von Michael Wrase und mir vorgelegte Gutachten zu einem Bildungs- und Teilhabegesetz wird gut rezipiert.

Birgt Corona vielleicht auch die Chance, Bildungsvermittlung komplett neu zu denken?
Die Chance sehe ich. Corona hat in aller Schärfe gezeigt, was zu tun ist. Ich hoffe, dass es auch angepackt wird.

ANZEIGE

